

Gemeinnützigkeit als Matrix



VON MARKUS LEHNER

Prof. Dr. Markus Lehner leitet am Campus Linz der Fachhochschule Oberösterreich das Departement Gesundheits-, Sozial- und Public Management. Als Volkswirt und Theologe hat er sich mit der Entwicklung Sozialer Arbeit im deutschsprachigen Raum beschäftigt. Aktuell gilt sein besonderes Interesse den Zukunftsperspektiven der Sozialwirtschaft im europäischen Kontext.

www.fh-ooe.at/campus-linz

Das Konzept der Gemeinnützigkeit kann dazu beitragen, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Dafür ist allerdings ein Umdenken bei allen Beteiligten notwendig.

Ende 2015 ließ Facebook Gründer Marc Zuckerberg die Welt aufhorchen, als er anlässlich der Geburt seiner Tochter ankündigte, er und seine Frau Priscilla wollten im Laufe ihres Lebens 99 Prozent ihrer Facebook-Aktien für gemeinnützige Zwecke spenden. In Europa löste diese Ankündigung spontanes Misstrauen aus. Doch lässt sich dies so einfach als naiver US-amerikanischer Fortschrittsoptimismus abtun? Wenn man sich die »Initiative für soziales Unternehmertum« der Europäischen Union näher ansieht, dann werden schnell ähnliche Denkmuster deutlich.

Eine im Kontext der 2011 gestarteten »Social Business Initiative« der Europäischen Kommission veröffentlichte Broschüre zeigt, welche Erwartungen die EU-Spitze in der Person des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso an diese Initiative knüpft: »Das soziale Unternehmertum kann tatsächlich ein starker Antrieb für Veränderungen sein. So können bessere Ergebnisse für das Gemeinwohl erzielt werden. Auch kann gezeigt werden, dass es möglich ist, die Dinge mit größerer Verantwortung und Fairness anzugehen und gleichzeitig auf dem Markt erfolgreich zu bleiben. Und zu einer echten Wachstumslokomotive in der EU zu werden. Europa darf nicht nur Teil dieser Veränderungen sein, sondern sollte vielmehr die führende Kraft werden.« (http://ec.europa.eu/growth/sectors/social-economy/enterprises/index_en.htm)

Die Begriffe Sozialwirtschaft und Soziales Unternehmertum werden in dieser Broschüre synonym verwendet. Bereits an den Zahlen – zehn Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung – wird deutlich, dass hier unter Sozialem Unternehm-

ertum kein neues Phänomen gemeint ist. Es handelt sich eher um eine neue Etikette für den bereits etablierten und gut ausgebauten Sektor der europäischen Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Die Definition von sozialem Unternehmertum und Sozialunternehmen ist vage gehalten: Ein Unternehmen »für das eher die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Arbeit als die Erwirtschaftung von Gewinnen für Eigentümer und Anteilhaber zählen, das seine Überschüsse hauptsächlich zur Erlangung dieser gesellschaftlichen Ziele einsetzt, das von Sozialunternehmern in der Regel auf verantwortliche, transparente und innovative Weise, insbesondere durch Einbindung von Arbeitnehmern, Kunden und den von der Unternehmenstätigkeit betroffenen Interessengruppen geführt wird.«

Es entspricht nicht der Tradition auch der österreichischen Gesellschaft, Gemeinwohl als Ergebnis marktorientierter wirtschaftlicher Tätigkeit zu sehen. Das österreichische Verständnis von Gemeinwohl wurde maßgeblich in der Epoche des aufgeklärten Absolutismus geprägt, der die absolutistische Herrschaft des »Landesvaters«, der »Landesmutter«, als Dienst am Gemeinwohl verstand. »Von der Glückseligkeit des gemeinen Wesens, als dem Hauptzweck gut regierender Fürsten« lautet der programmatische Titel einer Schrift des italienischen Gelehrten Antonio Ludovico Muratori, eines der einflussreichsten Berater Maria Theresias. Heute ist es der Sozialstaat, auf den sich diese Erwartungen richten.

Gewiss entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts auch ein soziales Vereinswesen, das sich trotz aller Brüche durch

die Folgen des 1. Weltkriegs und die Verbotswellen während des Ständestaats und der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts als eine tragende Säule sozialer Dienstleistungen bewähren sollte. Es verstand sich aber immer eher als Ergänzung der staatlichen Sorge um das Gemeinwohl, und nicht als wirtschaftliche Tätigkeit zur Produktion von Gemeinwohl.

Als in den 1970er/80er-Jahren das Konzept des Dritten Sektors und der Non-Profit-Organisationen aus den USA nach Österreich schwappte, wurde dies als willkommene Auffrischung des schon etwas verstaubten Images von Wohlfahrtsvereinen bereitwillig übernommen. Das neue Selbstverständnis als Non-Profit-Organisation förderte aber eher eine Identität in Abgrenzung zur übrigen Wirtschaft, die stilisiert wurde als die ganz andere, von Eigennutz und dominantem Profitstreben getriebene Sphäre des Wirtschaftens.

Aufgrund des rasanten Wachstums der Sozialvereine ab den 1970er-Jahren stieß allerdings das gesellschaftsrechtliche Format des Vereins mit seiner privaten Haftung der Vorstandsmitglieder und komplizierten Abstimmungspro-

von Handlungsfeldern, die dem Gemeinwohl dienen.

Vielleicht muss man sich das Feld der Gemeinnützigkeit als Matrix vorstellen, in der zwei Formen der Gemeinnützigkeit zusammenspielen:

- **Intentionale Gemeinnützigkeit:** Hier geht es um die Intention der Akteure der betreffenden Organisation, über den eigenen Nutzen hinaus auch das Gemeinwohl fördern zu wollen.
- **Effektive Gemeinnützigkeit:** Entscheidend ist hier die Tätigkeit in Handlungsfeldern, die gesellschaftlich oder politisch als gemeinwohrelevant definiert werden.

Informelle Pflege durch Angehörige wäre etwa in jenem Feld zu verankern, wo Gemeinwohlrelevanz gesellschaftspolitisch effektiv gegeben ist, der Beitrag zum Gemeinwohl in der Regel aber nicht die entscheidende Handlungsorientierung der Pflegenden darstellt. Zum anderen zeigt die Erfahrung, dass nicht alle Akteure in einem gesellschaftlich als gemeinwohlorientiert verstandenen Handlungsfeld auch intentional gemeinnützige Ziele verfolgen.

»Soziale Organisationen verstanden sich in der Vergangenheit eher als Ergänzung der staatlichen Vorsorge, nicht als Wirtschaftsfaktor zur Produktion von Gemeinwohl«

zessen zwischen Geschäftsführung, ehrenamtlichem Vorstand und Mitgliederversammlung an seine Grenzen. Die ersten GmbHs wurden gegründet, und damit stellte sich plötzlich die Frage der Gemeinnützigkeit neu.

Wo für sozialwirtschaftliche Aktivitäten eine GmbH gegründet wird, liegt es aus der Tradition der Sozialvereine und Non-Profit-Organisationen nahe, die Abgrenzung zur »Wirtschaft« durch das Attribut »gemeinnützig« zu signalisieren. In den Grundzügen deckt sich das steuerrechtliche Konzept von Gemeinnützigkeit mit dem Verständnis von Sozialunternehmen und Sozialem Unternehmertum im EU-Kontext. Auch dort ging es zum einen um eine Limitierung des Gewinnstrebens (des Eigennutzes), und zum anderen um die Benennung

Interessant aus Sicht der Sozialwirtschaft ist vor allem jenes Feld, wo sich beide Formen der Gemeinnützigkeit überlagern. Hier paart sich gemeinwohlorientierte Tätigkeit mit einem Handeln aus gesellschaftlicher Verantwortung. Doch damit dieses Feld sein Potenzial ausspielen kann, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.

Zukunftspotenziale

Angesichts der anhaltenden restriktiven Budgetpolitik wird immer klarer, dass die herkömmlichen sozialstaatlichen Arrangements nicht nur in Österreich an ihre Grenzen kommen, zumal die künftigen Herausforderungen, man denke nur an die demografische Entwicklung, eher größer als kleiner werden.

Es liegt nahe, auch die »Social Business Initiative« der Europäischen Union als Versuch zu sehen, neue Wege und Potenziale zu eröffnen. Die vagen Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang könnten als Signal dafür interpretiert werden, dass diese neuen Wege ein Überwinden bisher klarer Abgrenzungen erfordern - auch ohne noch genau zu wissen, wo es hinget. Die Trendstudie »Die Zukunft der Gemeinnützigkeit« sieht die »Vernetzte Gesellschaft« in diesem Zusammenhang als zentrale Perspektive. (Schuldt/Varga, Die Zukunft der Gemeinnützigkeit, Wien 2014, www.vinzenzgruppe.at/die-vinzenz-gruppe/studien-und-publikationen/gemeinnuetzigkeit-schwerpunktthema/die-zukunft-der-gemeinnuetzigkeit) In jedem Fall wird es erforderlich sein, bisherige sektorale Grenzen zu überschreiten um neuen Handlungspotenziale zu eröffnen.

So sah – pointiert dargestellt – das bisherige Steuerungsmodell aus:

- Der Staat definiert, was Gemeinwohl ist.
- Er beauftragt Non-Profit-Organisationen mit der Bereitstellung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen nach seinen Vorgaben.
- Die (Markt) Wirtschaft stellt über die Generierung entsprechender Steuereinnahmen die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung.

Ein neues Steuerungsmodell könnte man folgendermaßen andeuten:

- Die Sozialwirtschaft vernetzt sich mit am Gemeinwohl interessierten Wirtschaftsunternehmen, Bürgerinnen und Bürgern.
- Politik und Verwaltung anerkennen, dass die Sozialwirtschaft durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit gemeinwohlorientierte Ziele verfolgt und fördert sie bei der Umsetzung.
- Dabei gibt es Freiräume für unternehmerisches Handeln, die Innovation ermöglichen.
- Die Steuerung durch die öffentliche Hand erfolgt weniger über detaillierte Input-Vorgaben, sondern über eine Evaluierung der Wirkungen und gesellschaftlichen Ergebnisse.

So etwas konkret Umzusetzen würde noch viel Diskussion und Detailarbeit erfordern. Zunächst geht es aber ohnehin erst einmal um ein Umdenken. ■